

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 22.11.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:41 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern verhindert):

Frau Antonelli-Ngameni	Herr Lehmann
Frau Arning	Frau Lerche
Herr Bach	Frau Maul
(Herr Bader)	Herr Mehmeti
Herr Böttcher	(Herr Merfort)
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Frau Mundlos
Frau Braunschweig	Frau Ohnesorge
(Herr Disterheft)	Herr Dr. Piest
Herr Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Glogowski	Herr Pohler
(Frau Glogowski-Merten)	Frau Saxel
Frau Göring	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Schnepel
Frau Hahn	Frau Schütze
Frau Hillner	Herr Sommerfeld
Frau Ihbe	Herr Stühmeier
Frau Jalyschko	Herr Swalve
(Frau Jaschinski-Gaus)	Herr Täubert
Frau Johannes	Herr Tegethoff
Herr Jonas	Frau Viergutz
Frau Kaphammel	Herr Volkmann
Frau Kluth	Frau vom Hofe
Herr Knurr	Frau von Gronefeld
Frau Köhler	(Herr Wendt)
Herr Köster	Herr Winckler
Herr Kühn	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Prof. Dr. Hesse
Beschäftigter Albinus
Dezernent Leppa
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27.09.2022 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Planung des weiteren Ausbaus
Mitteilung der Verwaltung | 22-19739 |
| 3.2 | Energiegewinnung aus Abwasser
Mitteilung der Verwaltung | 22-19761 |
| 3.3 | Stadt als Steuerschuldnerin
Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2 b UStG bei der Stadt Braunschweig ab 1. Januar 2023
Mitteilung der Verwaltung | 22-20084 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Sonderfonds Energiekosten im Kulturbereich
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN | 22-19637 |
| 5 | Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Dezernentin oder des Dezernenten für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat | 22-19979 |
| 6 | Städtepartnerschaft mit der Stadt Gqeberha in der südafrikanischen Region Eastern Cape | 22-19960 |
| 6.1 | Städtepartnerschaft mit der Stadt Gqeberha in der südafrikanischen Region Eastern Cape
Mitteilung der Verwaltung | 22-19960-01 |
| 7 | Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Tserkva/Ukraine | 22-19958 |
| 8 | Umbesetzung in Ausschüssen sowie Entsendung von Bürgermitgliedern | 22-19946 |
| 8.1 | Umbesetzung in Ausschüssen sowie Entsendung von Bürgermitgliedern | 22-19946-01 |
| 9 | Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler sowie der Gruppe der Eltern in den Schulausschuss | 22-19949 |
| 10 | Berufung von einem Ortsbrandmeister und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis | 22-19717 |

11	Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH	22-19988
12	Bestellung eines städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	22-19989
13	Bestellung eines städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	22-19843
14	Beschluss über den Jahresabschluss 2020 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	22-19230
15	Beschluss über den Jahresabschluss 2020 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	22-19762
16	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	22-19763
17	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19924
17.1	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	22-19924-01
18	Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Nutzung des städtischen Messegeländes an der Eisenbütteler Straße mit Entgelttarif	22-19580
19	Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)	22-19661
20	Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)	22-19662
21	Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)	22-19663
22	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	22-19735
23	Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig	22-19639
24	Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal"	22-19640

25	Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW)	22-19583
26	Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des ISEK-Projektes CoLiving Campus	22-19646
27	Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt	22-19698
28	Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen"	22-19221
28.1	Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19221 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	22-19976
29	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	22-19222
29.1	Änderungsantrag zu 22-19222 - Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) Änderungsantrag der FDP-Fraktion	22-19930
29.2	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19222 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	22-19975
29.3	Änderungsantrag zu Ds. 22-19222: Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	22-19995
30	Einundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)	22-19651
31	Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen	22-19772
32	Anpassung der Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig	22-19680
33	Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen	22-19759
34	Anfragen	
34.1	Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Ternopil Anfrage der CDU-Fraktion	22-19999

- | | | |
|--------|---|-------------|
| 34.2 | Wo kommen in Zukunft unsere Besucher, Gäste und Kunden her?
Anfrage der AfD-Fraktion | 22-20003 |
| 34.2.1 | Wo kommen in Zukunft unsere Besucher, Gäste und Kunden her?
Stellungnahme der Verwaltung | 22-20003-01 |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:06 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 3.3.: Stadt als Steuerschuldnerin, Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2 b UStG bei der Stadt Braunschweig ab 1. Januar 2023
Mitteilung 22-20084

Zu TOP 6.1.: Städtepartnerschaft mit der Stadt Gqeberha in der südafrikanischen Region Eastern Cape
Mitteilung 22-19960-01

Zu TOP 8.1.: Umbesetzung in Ausschüssen sowie Entsendung von Bürgermitgliedern
Ergänzungsvorlage 22-19946-01

Er teilt weiter mit, dass die folgenden Vorlagen und zugehörigen Änderungsanträge

TOP 18: 22-19580 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Nutzung des städtischen Messegeländes an der Eisenbütteler Straße mit Entgelttarif

TOP 23: 22-19639 Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig

TOP 24: 22-19640 Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal"

TOP 25: 22-19583 Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW)

TOP 28: 22-19221 Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen"

TOP 28.1: zugehöriger Änderungsantrag 22-19976

TOP 29: 22-19222 Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)

TOP 29.1: zugehöriger Änderungsantrag 22-19930

TOP 29.2: zugehöriger Änderungsantrag 22-19975

TOP 29.3: zugehöriger Änderungsantrag 22-19995

TOP 30: 22-19651 Einundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)

TOP 31: 22-19772 Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen

von der wahrscheinlichen Verlängerung der Übergangsregelung zur weiteren Anwendung des bisherigen Umsatzsteuerrechts betroffen sind, und schlägt vor, diese bis zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen. Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass Einvernehmen besteht, gemeinsam „en bloc“ über die Zurückstellung der genannten Vorlagen und Änderungsanträge abzustimmen. Anschließend lässt er über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung abstimmen und stellt fest, dass dieser einstimmig angenommen wird und die Beratung der genannten Vorlagen und Änderungsanträge somit in der heutigen Sitzung entfällt.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 35 bis 37 zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehen sind. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:25 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27.09.2022

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 27.09.2022 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Planung des weiteren Ausbaus Mitteilung der Verwaltung 22-19739

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt im Anschluss an die Aussprache fest, dass die Mitteilung 22-19739 ergangen ist.

Ergebnis:

Die Mitteilung 22-19739 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Energiegewinnung aus Abwasser Mitteilung der Verwaltung 22-19761

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt im Anschluss an die Aussprache fest, dass die Mitteilung 22-19761 ergangen ist.

Ergebnis:

Die Mitteilung 22-19761 wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Stadt als Steuerschuldnerin Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2 b UStG bei der Stadt Braunschweig ab 1. Januar 2023 Mitteilung der Verwaltung 22-20084

Ergebnis:

Die Mitteilung 22-20084 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Sonderfonds Energiekosten im Kulturbereich Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

22-19637

Ratsherr Böttcher bringt den Antrag 22-19637 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 22-19637 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Kulturbereich einen Sonderfonds „Unterstützung für Härtefälle aufgrund der Energiekostensteigerungen“ einzurichten. Es sollen einfache, möglichst unbürokratische Richtlinien ausgearbeitet werden und Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro in den Haushaltsplan 2023 eingesetzt werden. Aus diesem Fonds werden auf Antrag einmalige Hilfen und Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen, solosebstständige Kulturakteure und Künstler:innen, sowie kulturelle und künstlerische Zusammenschlüsse und Initiativen gewährt werden, die nachweislich durch die rasant gestiegenen Energiekosten die für die kulturelle Arbeit genutzten Räumlichkeiten nicht oder voraussichtlich nicht mehr im notwendigen Umfang finanzieren können. Dazu gehören z.B. Veranstaltungsräume, Proberäume, Ateliers und Galerieräume. Als künstlerische Tätigkeit werden in diesem Zusammenhang der Katalog der Künstlersozialkasse zugrunde gelegt. Die Gemeinnützigkeit ist nicht Voraussetzung. Es zählt die Hilfebedürftigkeit. Die Mittel sollen als einmalige Förderung gewährt werden und pro Einrichtung auf einen Maximalbetrag begrenzt werden. Die einzelne Zuschuss-höhe orientiert sich an der voraussichtlichen Steigerung der Energiekosten im Vergleich zu den Ausgaben im Jahr 2019 (vor Corona). Es sollen alle haushaltsrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, damit Mittel aus diesem Fonds schon im Winter/Frühjahr 2023 bewilligt und ausgezahlt werden können, also im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushaltes 2023/24.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Enthaltungen beschlossen

5. Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Dezernentin oder des Dezernenten für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugend- dezernat

22-19979

Beschluss:

Die Stelle der Dezernentin oder des Dezernenten für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat ist gemäß anliegendem Ausschreibungstext öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Städtepartnerschaft mit der Stadt Gqeberha in der südafrikani- schen Region Eastern Cape

22-19960

6.1. Städtepartnerschaft mit der Stadt Gqeberha in der südafrikani- schen Region Eastern Cape Mitteilung der Verwaltung

22-19960-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu der Vorlage 22-19960 vorliegende Mitteilung 22-19960-01 hin. Oberbürgermeister Dr. Kornblum bringt die Vorlage ein und begründet seinen Vorschlag zur Bildung einer Städtepartnerschaft mit der südafrikanischen Stadt Gqeberha. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19960 abstimmen.

Beschluss:

Der Gründung einer Städtepartnerschaft der Stadt Braunschweig mit der Stadt Gqeberha in der südafrikanischen Region Eastern Cape wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Mitteilung 22-19960-01 wird zur Kenntnis genommen.

7. Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Tserkva/Ukraine 22-19958

Oberbürgermeister Dr. Kornblum bringt die Vorlage 22-19958 ein und begründet seinen Vorschlag, eine Solidaritätspartnerschaft mit der zentralukrainischen Stadt Bila Tserkva einzugehen. Im Rahmen der Aussprache nimmt Ratsherr Köster Bezug auf die unter Tagesordnungspunkt 34.1 geführte Anfrage 22-19999 -Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Ternopil- und erklärt, dass er diese zurückzieht. Anschließend stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage 22-19958 zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Vorschlag zur Bildung einer Solidaritätspartnerschaft zwischen der Stadt Braunschweig und der zentralukrainischen Stadt Bila Tserkva wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

8. Umbesetzung in Ausschüssen sowie Entsendung von Bürgermitgliedern 22-19946**8.1. Umbesetzung in Ausschüssen sowie Entsendung von Bürgermitgliedern 22-19946-01**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu der Vorlage 22-19946 vorliegende Ergänzungsvorlage 22-19946-01 hin und lässt sodann über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-19946-01 abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19946-01:**1. Ausschuss für Kultur und Wissenschaft:**

- Anstelle von Ratsfrau Silke Arning wird Ratsfrau Bianca Braunschweig (bisher Stellvertreterin) als Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft entsandt.
- Ratsfrau Silke Arning (bisher Ausschussmitglied) wird als Stellvertreterin im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft benannt.

2. Ausschuss für Vielfalt und Integration:

- Anstelle von Ratsfrau Bianca Braunschweig wird Ratsfrau Silke Arning (bisher Stellvertreterin) in den Ausschuss für Vielfalt und Integration entsandt.
- Ratsfrau Bianca Braunschweig (bisher Ausschussmitglied) wird als Stellvertreterin im Ausschuss für Vielfalt und Integration benannt.

3. Ausschuss für Soziales und Gesundheit:

- Anstelle von Herrn Bernd Kopitzke-Roß wird Frau Sonja Kleinekathöfer als Bürgermitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler sowie der Gruppe der Eltern in den Schulausschuss

22-19949

Beschluss:

Die nachstehend stimmberechtigten Bürgermitglieder und das nachstehende stellvertretende Mitglied werden auf Vorschlag des Stadtschülerrates bzw. des Stadtelternrates ab 01.12.2022 in den Schulausschuss berufen:

Stimmberechtigtes Mitglied der Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen:
Herr Atakan Koçtürk

Stimmberechtigtes Mitglied der Eltern der allgemeinbildenden Schulen:
Herr Steffen Dierich

Stellvertretendes Mitglied der Eltern der berufsbildenden Schulen:
Herr Jens Kamphenkel

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Berufung von einem Ortsbrandmeister und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis

22-19717

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Stiddien	Ortsbrandmeister	Schneider, Michael
2	Stiddien	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Engel, Marcel

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH

22-19988

Beschluss:

Herr Stadtrat Dr. Tobias Pollmann

(Oberbürgermeister bzw. von ihm vorgeschlagener Vertreter)

wird in den Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

12. Bestellung eines städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig 22-19989

Beschluss:

Frau Städtische Rätin Dr. Svetlana Katolnik wird mit Ablauf des 31. Dezember 2022 aus der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig abberufen und

Herr Städt. Ltd. Dir. Markus Schlimme

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in die Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Bestellung eines städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 22-19843

Beschluss:

1. Frau Stadtamtsrätin Julia Ebeling wird aus der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH abberufen und

Frau StOARin Sibylle Weitze

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird in die Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14. Beschluss über den Jahresabschluss 2020 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 22-19230

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Dr. Pollmann als Leiter gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG sowie aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2020 wird der Jahresabschluss 2020 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2020 wird folgende Genehmigung erteilt:
Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von **577.971,59 EUR** wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 6 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 22-19762 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2020 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2020 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch Herrn Ersten Stadtrat Geiger und des Jahresabschlusses 2020 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch Herrn Stadtrat Herlitschke und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2020 wird der Jahresabschluss 2020 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2020 werden folgende Genehmigungen erteilt:

- 2.1. Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 2.817.080,47 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 115.258.777,61 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 3.281.039,42 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 126.440.034,40 €.

- 2.2 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 165.954,45 € wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.644.721,64 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 905.031,10 € wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG auf Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen und der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.369.451,91 €.

- 2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 1.283.948,90 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 1.819.991,74 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 13.536.897,16 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 536.042,84 € wird zu einem Anteil von 312.343,17 € gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch den Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis gedeckt. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 223.699,67 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen, da keine Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen oder des außerordentlichen Ergebnisses vorhanden sind. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 21.027.527,96 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 312.343,17 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen. Der Betrag wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

- 2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 380.350,01 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 19.410,16 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 5.624.198,11 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 399.760,17 € wird zu einem Anteil von 64.608,78 € gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO durch den Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis gedeckt. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 335.151,39 € wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Damit verbleibt in der Sonstigen Rücklage ein Betrag in Höhe von 8.029.158,49 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 64.608,78 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2021 vorgetragen. Der Betrag wird gemäß § 24 Abs. 1 KomHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Enthaltungen beschlossen

16. Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 22-19763

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass für Oberbürgermeister Dr. Kornblum ein Mitwirkungsverbot zu diesem Tagesordnungspunkt besteht und er nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen darf. Er stellt fest, dass Oberbürgermeister Dr. Kornblum den Sitzungssaal verlassen hat und an der Beratung und Abstimmung nicht teilnimmt. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19763 abstimmen.

Beschluss:

Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Enthaltungen beschlossen

Nach der Beratung von Tagesordnungspunkt 16 findet in der Zeit von 15:29 Uhr bis 15:56 Uhr die Einwohnerfragestunde unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Kluth statt.

Anschließend übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.

- 17. Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **22-19924**
- 17.1. Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **22-19924-01**

Ratsvorsitzender Graffstedt nimmt Bezug auf die Vorberatung im Verwaltungsausschuss sowie den im Ältestenrat angekündigten Antrag auf getrennte Abstimmung und schlägt vor, die Punkte der Vorlage 22-19924 und der Ergänzungsvorlage 22-19924-01 jeweils einzeln abstimmen zu lassen. Er stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt, und lässt nach Aussprache jeweils einzeln über die Punkte der Vorlage 22-19924 und der Ergänzungsvorlage 22-19924-01 abstimmen.

Beschluss zu Vorlage 22-19924 und Ergänzungsvorlage 22-19924-01:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-19924:

getrennte Abstimmung

zu 1. Ergebnishaushalt TH Finanzen

Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt 4E.21neu - Altstadttrathaus / Sanierung Sicherheitsbeleuchtung
Sachkonto 421110 Grundstücke und baul. Anlagen/Instandhaltungen

einstimmig beschlossen

zu 2. Ergebnishaushalt TH Finanzen

Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt 4E.21neu - Bezirksportanlage Meverode / Sanierung
Sachkonto 421110 Grundstücke und baul. Anlagen/Instandhaltungen

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 22-19924-01:

getrennte Abstimmung

zu 3. Teilhaushalt Stadtplanung und Geoinformation

Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt 4S.610043 Investitionspakt Donauviertel KTK u. KPW
Sachkonto 421110 Grundstücke + bauliche Anlagen - Instandhaltungen

Zeile 26 Baumaßnahmen

Projekt 4S.610043 Investitionspakt Donauviertel KTK u. KPW
Sachkonto 787110 Hochbaumaßnahmen

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

zu 4. Ergebnishaushalt TH Finanzen

Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt 4E.210338 - BC III / Bauzuschuss + Einrichtung
Sachkonto 427193 IM Sonstige Sachaufwendungen

Zeile 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Projekt 4E.210338 - BC III / Bauzuschuss + Einrichtung

Sachkonto 783110 Erwerb v. immat. u. bewegl. Vermögensgegenständen > 1.000 €

einstimmig beschlossen

- 18. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Nutzung des städtischen Messegeländes an der Eisenbütteler Straße mit Entgelttarif** **22-19580**

Ergebnis:

Die Vorlage 22-19580 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- 19. Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)** **22-19661**

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

- 20. Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)** **22-19662**

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

- 21. Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)** **22-19663**

Im Rahmen der Aussprache beantwortet Stadtbaurat Leuer Fragen von Ratsfrau Arning zu einzelnen Kostenpositionen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19663 abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

22. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 22-19735

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig 22-19639

Ergebnis:

Die Vorlage 22-19639 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

24. Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal" 22-19640

Ergebnis:

Die Vorlage 22-19640 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

25. Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW) 22-19583

Ergebnis:

Die Vorlage 22-19583 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

26. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des ISEK-Projektes CoLiving Campus 22-19646

Dezernentin Prof. Dr. Hesse bringt die Vorlage 22-19646 ein. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 22-19646 abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, das ISEK-Projekt CoLiving Campus im Sinne des vorgelegten Konzeptes weitergehend zu konkretisieren und die für die Umsetzung des Projektes erforderlichen Verhandlungen einzuleiten, um gemeinsam mit der TU Braunschweig am Campus Nord sowohl eine städtebauliche Entwicklung als begehbares Wissenschaftsquartier als auch in einem ersten Schritt mit dem Land Niedersachsen die Abzeichnung eines Letter of Intent (LoI) vorzubereiten und durchzuführen.
Hierfür sollen konkret folgende Verfahrensschritte eingeleitet und umgesetzt werden:
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Basis des vorgelegten Konzeptes zum CoLiving Campus mit dem Land Niedersachsen und der TU Braunschweig einen Letter of Intent zu unterzeichnen. Dieser vereinbart grundsätzlich die Bereitschaft aller Partner ihre Grundstücke in das Projekt einzubringen. In einem weiteren Schritt wird die Verwaltung ermächtigt, die nähere Ausgestaltung des mehrstufigen Beteiligungsprozesses (siehe Sachverhalt, Punkt IV) gemeinsam mit der TU in einem Kooperationsvertrag zu fassen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt die in Anlage 2 aufgeführten Grundstücke in die Neuordnung der Flächen für die spätere Umsetzung des Konzeptes einzubringen. Die im Rahmen der konkreten Grundstücksverwendung durchzuführenden Übertragungsak-

te sind gesondert umzusetzen bzw. zu beschließen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der TU Braunschweig ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung einer Rahmenplanung umzusetzen. Das Ergebnis wird dem Rat zum Beschluss vorgelegt.
5. Für die Umsetzung der jeweiligen Projektphasen sind gesonderte Beschlüsse unter Berücksichtigung der finanziellen Konsequenzen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|-----------------|
| 27. Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt | 22-19698 |
|---|-----------------|

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage beigefügte `Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt in der Gestalt der Vereinbarungen zu seiner Verlängerung und Ergänzung vom 01.07.2010, 21.05.2014 und 28.05.2018´ mit der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG, der Braunschweiger Baugenossenschaft eG und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2028 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|---|-----------------|
| 28. Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" | 22-19221 |
| 28.1. Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19221
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 22-19976 |

Ergebnis zu Vorlage 22-19221:

Die Vorlage 22-19221 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Ergebnis zu Änderungsantrag 22-19976:

Der Änderungsantrag 22-19976 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- | | |
|--|-----------------|
| 29. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) | 22-19222 |
| 29.1. Änderungsantrag zu 22-19222 - Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion | 22-19930 |
| 29.2. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) -
Änderungsantrag zur Vorlage 22-19222
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 22-19975 |

- 29.3. Änderungsantrag zu Ds. 22-19222: Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion** **22-19995**

Ergebnis zu Vorlage 22-19222:

Die Vorlage 22-19222 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Ergebnis zu Änderungsantrag 22-19930:

Der Änderungsantrag 22-19930 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Ergebnis zu Änderungsantrag 22-19975:

Der Änderungsantrag 22-19975 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Ergebnis zu Änderungsantrag 22-19995:

Der Änderungsantrag 22-19995 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- 30. Einundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)** **22-19651**

Ergebnis:

Die Vorlage 22-19651 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- 31. Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen** **22-19772**

Ergebnis:

Die Vorlage 22-19772 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- 32. Anpassung der Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig** **22-19680**

Beschluss:

Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 5. Oktober 2021 beschlossene Sportförderrichtlinie wird wie folgt geändert:

1. Satz 7 der Ziffer 3.9 Satz („Ausgeschlossen ist eine Förderung bereits bestehender Sportangebote.“) entfällt.

2. Es erfolgt eine Aufnahme von Ziffer 4 (Inkrafttreten, Übergangsregelung) mit folgendem Text:

„Die aktualisierte Fassung der Sportförderrichtlinie tritt ab 1. Januar 2023 in Kraft. Mit gleichem Tage tritt die Sportförderrichtlinie vom 05. Oktober 2021 außer Kraft.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

33. Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 22-19759

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 22-19759 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Förderrichtlinien „Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung und Mieterstrom“, "Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand" und "Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand " des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen werden in der jeweils vorliegenden Fassung beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen ohne erneute Gremienbeteiligung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

34. Anfragen

Die Beratung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 16:27 Uhr bis 16:33 Uhr.

34.1. Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Ternopil 22-19999
Anfrage der CDU-Fraktion

Ergebnis:

Die Anfrage 22-19999 wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

34.2. Wo kommen in Zukunft unsere Besucher, Gäste und Kunden her? 22-20003
Anfrage der AfD-Fraktion

34.2.1. Wo kommen in Zukunft unsere Besucher, Gäste und Kunden her? 22-20003-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 22-20003-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin